

Antrag

der Abgeordneten Omid Nouripour, Katja Keul, Margarete Bause, Dr. Franziska Brantner, Agnieszka Brugger, Kai Gehring, Uwe Kekeritz, Dr. Tobias Lindner, Cem Özdemir, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Jürgen Trittin, Ottmar von Holtz, Britta Haßelmann und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Eskalation in der Westsahara vermeiden – UN-Vermittlung möglich machen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach 40 Jahren Stagnation und mehreren internationalen Vermittlungsversuchen droht der Konflikt um die Westsahara erneut zu eskalieren. Damit steht der Frieden in der Westsahara auf dem Spiel. Der Rücktritt des Persönlichen Gesandten des UN-Generalsekretärs für die Westsahara, Horst Köhler, im Mai 2019 und die lange Vakanz seiner Position bis heute haben zu einem Stillstand im politischen Prozess geführt, der großen Frust insbesondere auf Seiten der saharaischen Bevölkerung verursacht hat. Die UN-Mission MINURSO verhandelt seitdem mit beiden Seiten, um eine Eskalation zu verhindern - bisher mit durchwachsenem Erfolg.

Angesichts der jahrelang angestauten Frustration und offenen Kampfbereitschaft beider Seiten ist eine unkontrollierbare Eskalation des Konflikts ohne internationale Vermittlung ein realistisches Szenario. Der seit 29 Jahren haltende Waffenstillstand sowie die Glaubwürdigkeit der UN und ihrer Vermittlungsbemühungen in diesem Konflikt stehen auf dem Spiel. Deshalb ist es notwendig, dass die Bundesregierung sich proaktiv für eine Rückkehr zum Waffenstillstand und für einen politischen Weg zum dauerhaften Frieden in der Westsahara einsetzt.

Der Deutsche Bundestag begrüßt zudem die Annäherung und Entspannung zwischen zahlreichen arabischen Staaten und Israel. Der Deutsche Bundestag verurteilt zugleich jedoch die Anerkennung der völkerrechtswidrigen Annexion Westsaharas durch Marokko seitens der USA. Erfreuliche Friedensverträge dürfen nicht als Ausrede für die Aushöhlung internationalen Rechts dienen.

II. Vor diesem Hintergrund fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,

1. beide Seiten des Westsahara-Konflikts zur Besonnenheit, zu Gewaltverzicht und Deeskalation aufzurufen,

2. die Eskalation im UN-Sicherheitsrat zum Thema zu machen und den UN-Generalsekretär pro-aktiv in seinen Bemühungen zu unterstützen, beide Parteien an den Verhandlungstisch zurück zu bringen,
3. dringend verstärkte diplomatische Bemühungen zu unternehmen, dass der Posten des UN-Sondergesandten für die Westsahara schnellstmöglich wiederbesetzt wird und der politische Prozess wieder an Glaubwürdigkeit gewinnt,
4. Gespräche mit europäischen Partnern, insbesondere mit Frankreich zu führen, um eine gemeinsame europäische Linie zur Verhinderung einer weiteren Eskalation des Konflikts zu finden,
5. mit dem gleichen Zweck Sondierungen mit der Afrikanischen Union und den USA aufzunehmen.

Berlin, den 12. Januar 2021

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

Die Situation in der Westsahara begann sich am 21. Oktober zuzuspitzen, als saharauische Aktivisten am Grenzübergang Guerguerat zu Mauretanien eine wichtige Verbindungsstraße mit einem Zeltlager blockierten. Die Waffenstillstandsvereinbarung und das spätere Militärabkommen Nr. 1 (1997-98) sehen keinen Grenzübergang in der Pufferzone in Guerguerat vor. Marokko nutzt Guerguerat seit den 2000er-Jahren jedoch als Handelsverbindung nach Mauretanien und anderen afrikanischen Staaten. Mit der Blockade wollten die Aktivisten auf die aus ihrer Sicht versteckte marokkanische Polizei- und Militärpräsenz in der demilitarisierten Pufferzone sowie auf den Frust über den festgefahrenen politischen Prozess aufmerksam machen. Die Aktivisten im Protest-Camp, die der Frente Polisario nahe standen, fordern die Durchführung des Referendums zur Unabhängigkeit der Westsahara, das - wie in der UN-Sicherheitsratsresolution 690 von 1991 festgeschrieben - von der UN-Mission MINURSO organisiert werden soll. Marokko antwortete mit dem Einmarsch von Soldaten in die demilitarisierte Zone, was einen Bruch des Waffenstillstandsabkommens darstellte. Die Aktivisten zogen aus dem Protest-Camp ab. Seitdem kam es in dem Gebiet zu Schießereien zwischen marokkanischen Truppen und der Polisario. Die Frente Polisario hat den Waffenstillstand aufgekündigt und den politischen Prozess für gescheitert erklärt. Junge Saharawis im Ausland haben sich seither freiwillig gemeldet, um in ihrer Heimat in den Kampf zu ziehen. Algerien als Hauptunterstützer der Polisario hat sich bisher zurückhaltend verhalten.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.